

Initiative: Sicherheitsgefühl in Kommunen stärken

Leitstelle Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz startet neue Offensive zur Unterstützung der kommunalen Präventionsgremien

Hanne Hall & Maria Messerschmidt

Die kommunale Kriminalprävention stellt einen wichtigen Baustein in der Sicherheitsarchitektur in Rheinland-Pfalz dar. Insbesondere die kriminalpräventiven Gremien können Motor des lokalen Präventionswirkens sein. Diese Arbeit gilt es bestmöglich zu unterstützen. Durch die „Initiative: Sicherheitsgefühl in Kommunen stärken“ (kurz: InSiKo) baut die Leitstelle Kriminalprävention im rheinland-pfälzischen Innenministerium ihr Unterstützungs- und Serviceangebot für die kommunalen Gremien weiter aus. In den drei Handlungsfeldern Qualifizierung, Professionalisierung und Digitalisierung werden verschiedene Maßnahmen und Initiativen beschrieben, um eine bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Die rheinland-pfälzische Landesregierung misst dem Thema einen hohen Stellenwert bei und hat die Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention im Mai 2021 im Koalitionsvertrag festgeschrieben.



Kooperativer Ansatz: Gemeinsames Wirken vieler

In Rheinland-Pfalz gibt es rund 60 kriminalpräventive Gremien. Wie eine wissenschaftliche Untersuchung durch das *Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism)* im Jahr 2017 herausarbeiten konnte, unterscheiden diese sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung, Struktur und hinsichtlich ihres Aktivitätsgrades mitunter erheblich. Unbestritten ist das Potenzial, welches die Räte bieten: *vor Ort gemeinsam Herausforderungen identifizieren und lösen.*

In der Realität stellt sich das *gemeinsame Wirken Vieler* mitunter als herausfordernd dar. Vertreter*innen der Polizei, der Verwaltung, der Schulen, aus dem Jugend- und dem Senior*innenbereich, aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft bringen unterschiedliche Perspektiven in den Rat ein. Das ist vorteilhaft und gewünscht. Gleichzeitig treffen heterogene Verständnisse von Prävention sowie Ideen und Erwartungen über das richtige Vorgehen aufeinander. Das kann die Zusammenarbeit erheblich erschweren.

Wichtig ist, dass sich alle über das gemeinsame übergeordnete Ziel bewusst sind: *eine sichere und lebenswerte Kommune mit einem starken sozialen Zusammenhalt.* Durch die Bereitschaft, sich über die unterschiedlichen Sichtweisen und Ansichten auszutauschen, kann die gemeinsame Präventionsarbeit gelingen. Nur ein tatsächlich gelebter integrativer Ansatz kann die Ressourcen der kommunalen (Kriminal-)Prävention vollständig ausschöpfen.

Grundsätzlich bieten die kriminalpräventiven Gremien den passenden Raum und Rahmen, um einen ganzheitlich und kooperativen Präventionsansatz zu gestalten. Durch die Arbeit an konkreten lokalen Herausforderungen, bei der jede Profession ihren Beitrag einbringen kann, können Synergieeffekte genutzt und somit Ressourcen gespart werden. Gleichzeitig entstehen belastbare Netzwerke, auf die im Bedarfsfall, aber auch im „normalen“ Berufsalltag, zurückgegriffen werden kann. Man kennt seine Ansprechpartner*innen und kann auf diese auch fernab von kriminalpräventiven Problemstellungen zurückgreifen. Der Nutzen eines kriminalpräventiven Rates in ei-

ner Kommune geht also im besten Fall weit über die Intention hinaus, Kriminalität vorzubeugen. Zumal, wie die Erfahrung im Rahmen der Betreuung zeigt, in den kommunalen Gremien nicht nur eng kriminalitäts-assoziierte Themen bearbeitet werden. Fragen der Verkehrsprävention, der Nutzung des öffentlichen Raumes durch verschiedene Alters- oder Interessengruppen, aber auch die Punkte Ordnung und Sauberkeit sind regelmäßig Diskussionsgegenstand in den Gremiensitzungen.

Dies wird verstärkt durch die strukturellen Gebietsmerkmale in Rheinland-Pfalz (viele ländliche Strukturen mit kleinteiligen Gebietskörperschaften). So sind die kommunalen Präventionsgremien oftmals auf Ebene der Verbandsgemeinden angesiedelt. Für alle kommunalen Präventionsgremien gilt: *Neben der tatsächlichen Kriminalität steht die subjektive Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung im Fokus.*

Warum die „Initiative: Sicherheitsgefühl in Kommunen stärken“ (InSiKo)?

Wie zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, lässt sich das Sicherheitsgefühl nur bis zu einem bestimmten Punkt mit dem tatsächlichen Kriminalitätsaufkommen erklären, wie es beispielsweise in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) abgebildet ist. Nutzungskonflikte im

öffentlichen Raum, Vermüllung, städtebauliche Aspekte, Medienberichte, eigene körperliche Fitness und viele weitere Variablen können einen Einfluss auf die subjektiv eingeschätzte Vulnerabilität haben, Opfer einer Straftat zu werden. Kommunale Kriminalprävention muss also auch diese Aspekte in den Blick nehmen: *In Kommunen sollen die Menschen nicht nur vor Kriminalität durch Prävention geschützt werden, sondern sich auch sicher fühlen.*

Die Leitstelle Kriminalprävention möchte dies zukünftig noch stärker gewichten. Um dies zu verdeutlichen, wurde die Strategie zur Förderung und Unterstützung der Kommunen deshalb „Initiative: Sicherheitsgefühl in Kommunen stärken“ (kurz: InSiKo) genannt. Weiterhin soll zukünftig die stetige Erweiterung und Aktualisierung des Themenportfolios im Fokus stehen, wie beispielsweise durch Fachveranstaltungen zu neuen Kriminalitätsphänomenen. Parallel möchte die Leitstelle auch ihren Methodenkoffer erweitern, um den kommunalen Gremien neue Werkzeuge und Formate an die Hand zu geben, die beispielsweise Vernetzung oder Bürgerbeteiligung fördern sollen.

InSiKo beschreibt in den drei Handlungsfeldern *Qualifizierung, Professionalisierung und Digitalisierung* verschiedene neue sowie bereits erprobte Ansätze. In diesem Sinne handelt es sich auch nicht um ein abgeschlossenes Produkt, sondern die Konzeption wird stetig weitergeschrieben werden.

Handlungsfeld Professionalisierung

Die kommunale Kriminalprävention ist in Rheinland-Pfalz eine von vielen Aufgaben, welche die Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wahrnehmen. Finanzielle und personelle Ressourcen sind deshalb nicht unerschöpflich und müssen mit Augenmaß eingesetzt werden. Ein zielgerichtetes Vorgehen in der Kriminalprävention, das auch Synergien nutzt, ist deshalb erfolgskritisch und für die Erarbeitung langfristiger Strategien essenziell.

Erreicht werden soll dies durch die Einführung der kriminalpräventiven Arbeitsmethode „Communities that Care“ (CTC) und durch lokale Analysen des Sicherheits- und Präventionsgefüges.

Modellprojekt zur Arbeitsmethode „Communities that Care“

Rheinland-Pfalz wird in diesem Jahr in den CTC-Prozess einsteigen. Die Stadt Trier macht als Pilotkommune den Anfang. Der Erfolg von CTC in anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz zur Adaption angeregt. Das Konzept, mittels standardisierter Schüler*innenbefragungen wissenschaftlich fundiert Risiko- und Schutzfaktoren (beispielsweise delinquentes Verhalten oder die Bindung an die Schule) zu erheben und darauf aufbauend maßgeschneiderte Präventionslösungen innerhalb einer Kommune zu initiieren, hat die Stadt Trier überzeugt.

Die Implementierung von CTC in Trier findet im Rahmen einer bis 2023 angelegten bundesweiten wissenschaftlichen Evaluationsstudie statt. Zudem hat bereits der erste Teil der CTC-Landesmultiplikator*innen-Ausbildung, welche von der *Bundestransferstelle CTC*, eine Kooperation des *Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK)* und des *Deutschen Präventionstages (DPT)*, durchgeführt werden, in Rheinland-Pfalz stattgefunden.

Neben Trier prüft aktuell eine weitere Kommune die Einführung von CTC in diesem Jahr. Nach Beendigung des Modellzeitraums im Jahr 2023 werden die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz bewertet. Bei einem positiven Ergebnis ist ein landesweites Angebot an alle Kommunen geplant.

Lokale Analysen des Präventions- und Sicherheitsgefüges

Grundsätzlicher Ausgangspunkt aller kriminalpräventiven Maßnahmen sollte eine Untersuchung der Sicherheitslage, des Sicherheitsgefühls und der präventiven Angebote vor Ort sein. Im Rahmen der Arbeit eines kommunalen Präventionsgremiums werden diese Informationen im besten Fall kontinuierlich erhoben und diskutiert.

Insbesondere in den Kommunen ohne ein solches Gremium liegt dieses Wissen nicht immer in strukturierter Form vor. Vor allen Dingen an diese Städte und Gemeinden richtet sich das Angebot der lokalen Analysen.

Neben der Bewertung der objektiven Kriminalitätsdaten durch Einbeziehung der örtlichen Polizeidienststelle und einer Befragung zur subjektiven Sicherheitswahrnehmung sollen die bereits vorhandenen Präventionsstrukturen dargestellt und mit dem Fokus bewertet werden, ob sie zur Lösung vorhandener sicherheitsrelevanter Problemstellungen geeignet sind. Darauf aufbauend erhalten die Kommunen im Ergebnis nicht nur fundiert Einsicht und damit ein noch tieferes Verständnis für die Empfindungen der Bevölkerung, sondern auch konkrete Präventionsempfehlungen.

Um dieses Vorhaben qualitätsgesichert umsetzen zu können, hat die Leitstelle Kriminalprävention das Institut für *Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism)* mit der Durchführung der Analyse beziehungsweise der Unterstützung der lokalen Akteur*innen betraut. Die erste Analyse wird mit der Stadt Lahnstein durchgeführt. Im Sinne eines Work-in-Process-Ansatzes dient der erste Durchlauf auch der Erprobung der geplanten Abläufe und des neu kreierten Fragebogens. Nach Abschluss des Modellprojektes werden weitere Kommunen die Möglichkeit einer lokalen Analyse bekommen. Weitere interessierte Gemeinden haben sich bereits bei der Erstausschreibung gemeldet.

Handlungsfeld Qualifizierung

Im Spektrum der Kriminalprävention, die mit sich ständig anpassen, ändernden und neu hinzukommenden Kriminalitätsphänomenen und Problemstellungen konfrontiert ist, stellt die Aus- und Fortbildung einen kontinuierlich andauernden Prozess dar. Gleichzeitig bedarf es jedoch auch eines grundlegenden Verständnisses kriminalpräventiver Arbeit. Es gilt beispielsweise, Wirkzusammenhänge zu verstehen, zugrunde liegende (Kriminalitäts-) Daten analysieren zu können und Fähigkeiten zur Netzbildung zu erlangen. Nur durch eine hohe Aus- und Fortbildungsqualität kann die kriminalpräventive Arbeit in den Kommunen erfolgreich und langfristig strategisch angelegt gestaltet werden. Es bedarf deshalb regelmäßiger, anwendungsorientierter und für die Bedarfe der Kommunen relevanter Informationsformate.

Beccaria-Qualifizierungsprogramm

Die vom *Landespräventionsrat Niedersachsen* entwickelte *Beccaria-Fortbildung* wird seit 2019 auch in Rheinland-Pfalz angeboten. Im Rahmen von vier aufeinander aufbauenden Modulen werden den Teilnehmenden profunde Kenntnisse zu den Themenfeldern Kriminologie, Kriminalprävention, Projektmanagement und Projektbegleitung vermittelt. Die Qualifizierungsreihe richtet sich an Fachleute, die in Arbeitsfeldern der Kriminalprävention tätig sind. Bereits die erste Ausschreibung stieß auf großes Interesse. Aktuell läuft bereits die Bewerbungsphase für den dritten Durchlauf. Mittelfristig ist es das Ziel, nach dem Vorbild Niedersachsens ein rheinland-pfälzisches *Beccaria-Absolvent*innen-Netzwerk* aufzubauen und so eine nachhaltige Qualitätssicherung in der kriminalpräventiven Arbeit in Rheinland-Pfalz zu erreichen.

Qualifizierung zur Fachkraft (Rechts-)Extremismusprävention

Nach dem Vorbild der Beccaria-Qualifizierung entstand unter Federführung der Fridtjof-Nansen-Akademie im Weiterbildungszentrum Ingelheim und in Kooperation mit der *Präventionsagentur gegen Extremismus beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz* ein Qualifizierungsprogramm für Menschen, die in der Prävention tätig sind oder sich für eine entsprechende berufliche Tätigkeit qualifizieren möchten. Die Weiterbildung zur zertifizierten *Fachkraft für Rechtsextremismusprävention* stärkt das Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. In fünf Modulen und einer Abschlussveranstaltung werden die Teilnehmenden zu den Hintergründen von Rechtsextremismus, zu didaktisch-methodischen Präventionsansätzen und zur Förderung von Demokratie ausgebildet. Die Ausschreibung für den ersten Qualifizierungszyklus, der im Frühsommer startete, stieß auf sehr großes Interesse.

Webseminare

Vor dem Hintergrund dynamischer Kriminalitätsphänomene und ent-

sprechender Anpassungs- und Weiterentwicklungsanforderungen an präventive Konzepte und Strategien ist die kontinuierliche Fortbildung nicht nur wichtig, sondern erfolgskritisch. Von den Vertreter*innen zahlreicher kriminalpräventiver Gremien sowie anderer Akteur*innen in den Kommunen werden entsprechende Angebote erfreulicherweise auch regelmäßig eingefordert.

Neben landesweiten Fachtagungen und Präventionstagen soll es zukünftig im Rahmen von Webseminaren auch das Angebot inhaltlicher Kurz-Inputs geben. Insbesondere in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz stehen in diesem Zusammenhang bei Präsenzveranstaltungen Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis.

Die Vorträge werden deshalb regelmäßig digital, komprimiert und anwendungsnah Themen transportieren, wie beispielsweise zu Fördermöglichkeiten oder zu neuen Entwicklungen in der Kriminalprävention. Die ersten Veranstaltungen werden nach der Sommerpause mit Referent*innen vom DFK und der Medienanstalt Rheinland-Pfalz stattfinden.

www.kriminalpraevention.rlp.de

Bereits seit vielen Jahren hat die Leitstelle Kriminalprävention zahlreiche digitale Angebote in ihrem Portfolio. Diese sind unentbehrlich, um der Funktion als Servicestelle für die Kommunen gerecht zu werden.

Die Internetseite der Leitstelle Kriminalprävention (www.kriminalpraevention.rlp.de) mit thematischen Sonderbereichen (beispielsweise www.cybersicherheit.rlp.de zum Thema Internetsicherheit) ist die zentrale Informationsplattform für kriminalpräventive Akteur*innen, Institutionen sowie Interessierte im Land. Neben den Darstellungen der Arbeit der Leitstelle Kriminalprävention und der Präventionslandschaft in Rheinland-Pfalz gibt es Informationen zu Veranstaltungen und Ausschreibungen sowie praktische Präventionshinweise. Über die Internetseite ist zudem die Anmeldung für den Newsletter der Leitstelle Kriminalprävention möglich. Die Homepage wird kontinuierlich mit relevanten Inhalten weiterentwickelt und ausgebaut.

Darüber hinaus werden im Rahmen von InSiKo auch neue digitale Angebote eingeführt.

Digitale Stammtische

Seit Ende des vergangenen Jahres führt die *Leitstelle Kriminalprävention* regelmäßig digitale Stammtische mit den Ansprechpersonen der kommunalen Präventionsgremien durch. Damit soll dem großen Bedürfnis nach fachlichem Austausch und Vernetzung Rechnung getragen werden.

Die virtuellen Vernetzungstreffen dienen dabei nicht dem inhaltlichen Input durch Fachreferent*innen. Im Sinne eines Peer-to-Peer-Ansatzes sollen die kriminalpräventiven Gremien im Rahmen der virtuellen Treffen ausreichend Möglichkeiten für den fachlichen Austausch zu Projekten und praktischen Arbeitserfahrungen bekommen. Gleichzeitig wird das Format genutzt, um kontinuierlich und niedrigschwellig über die Arbeit der Leitstelle Kriminalprävention zu berichten und die Kontakte zu den Verantwortlichen zu intensivieren. Auf inhaltlichen Input durch Fachreferent*innen wird dabei bewusst verzichtet, um dem Austausch genügend Raum zu geben.

Die Veranstaltungen stoßen auf reges Interesse, neben Stammtischen im Zuständigkeitsbereich der fünf rheinland-pfälzischen Polizeipräsidien, an denen auch die Ansprechpersonen der polizeilichen Prävention in den Präsidien teilnehmen, gibt es regelmäßige Vernetzungstreffen zwischen den Geschäftsführer*innen der Präventionsgremien der Oberzentren Mainz, Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Ludwigshafen am Rhein.

Pilotprojekt „Digitale Bürgerbeteiligung“

Aktive Bürgerbeteiligung wird für die erfolgreiche Arbeit eines kriminalpräventiven Rates nicht nur geduldet, sondern ist ausdrücklich empfohlen. In der Realität wird die Partizipation aber kaum umgesetzt, wie auch die



Evaluationsstudie des *ism* 2017 aufzeigte.

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der *Medienanstalt Rheinland-Pfalz* möchte die *Leitstelle Kriminalprävention* diesem Umstand durch digitale Beteiligungsmöglichkeiten Abhilfe schaffen und so mögliche Hemmschwellen einer Teilhabe minimieren.

Bürger*innen haben die Möglichkeit, digital an hybriden Sitzungen teilzunehmen. Hierfür werden im Vorfeld Themen identifiziert, die eine wirkliche Beteiligung ermöglichen beziehungsweise für die Bürgerschaft von hoher Relevanz sind. Durch eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vor und nach der Sitzung soll das Angebot beworben werden und weiterhin aber auch verlässliche Strukturen (beispielsweise feste Ansprechpartner*innen, Kontaktpostfächer) im Bewusstsein verankert werden. Darüber hinaus wird der Transparenz im Hinblick auf die von den Bürger*innen eingebrachten Anregungen und Ideen sowie deren Umsetzung eine hohe Bedeutung beigemessen. Durch die kontinuierliche Information zum Stand der Umsetzung durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll die Selbstwirksamkeitserwartung der Bürgerschaft, tatsächlich etwas in ihrer Kommune bewegen zu können, langfristig gestärkt werden.

Das Vorhaben wird zunächst in zwei bis drei Modellkommunen erprobt werden. Der Projektstart ist für das dritte Quartal dieses Jahres angestrebt.

Interaktive Karte Prävention

Eine gutes Content-Management bei der *Leitstelle* ist wesentlicher Er-

folgsfaktor, um die kommunalen Präventionsgremien mit relevanten Informationen versorgen zu können. Inhalte müssen so angepasst und aufbereitet werden, dass sie die Kommunen praxis- und anwendungsnah informieren. Ein Beispiel hierfür ist die geplante *interaktive Karte Kriminalprävention Rheinland-Pfalz*.

In der digitalen Landkarte werden alle kommunalen Präventionsgremien, aber auch zahlreiche weitere relevante präventive Angebote aus Rheinland-Pfalz, beispielsweise der Polizei, des Landesjugendamtes oder des Weißen Rings aufgeführt. Die Nutzer*innen erhalten so direkt einen Überblick über die Dichte des kriminalpräventiven Netzes im Land beziehungsweise in ihrer Region. Zu jedem Angebot werden durch einen Klick umfangreiche Hintergrundhinweise (zum Beispiel Kontaktdaten, Verlinkungen) aufgeführt. Eine Fülle von Informationen kann auf diese Weise übersichtlich und anwenderfreundlich hinterlegt werden. Die Karte wird voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres online gehen.

Fazit

Mit der Umsetzung von *InSiKo* soll die Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz strategischer und bedarfsorientierter aufgestellt werden. Die Fassung aller Aktivitäten und Angebote der Leitstelle Kriminalprävention für die Kommunen unter dem *InSiKo-Label* ermöglicht zudem, medien- und öffentlichkeitswirksam auf das wichtige Thema der kommunalen Kriminalprävention aufmerksam zu machen. Mittel- bis langfristig sollen so noch mehr Kommunen sowie Bürger*innen zur Mitarbeit bewegt werden.

Das übergeordnete Ziel ist die Stärkung der Prävention durch maximale Unterstützung der Kommunen in ihrer Arbeit im Themenfeld.



Die in der Polizeiabteilung im Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz eingerichtete Leitstelle ist als eigenständiges Referat die zentrale Service- und Kommunikationsstelle für die kommunale Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz. In dieser Funktion ist sie für die kriminalpräventiven Gremien auf kommunaler Ebene ansprechbar. Darüber hinaus ist sie für die professionsübergreifende Vernetzung von Präventionsthemen und Akteur*innen über die Geschäftsstellenfunktion des Landespräventionsrates zuständig. Die Leitstelle initiiert zudem eigene Projekte, Kampagnen und Initiativen und betreut zwei Förderprogramme für kriminal- und (rechts)extremismuspräventive Vorhaben und Projekte von Kommunen und der Zivilgesellschaft.

Das interdisziplinäre Team der Leitstelle besteht aktuell aus der Leiterin Hanne Hall (Politikwissenschaftlerin, M. A.), Referentin Maria Messerschmidt (Diplom-Psychologin), Sachbearbeiterin Bettina Malz (Diplom-Verwaltungswirtin) sowie einer Assistentkraft und wird durch eine FSJler*in unterstützt.
Kontakt: kriminalpraevention@mdi.polizei.rlp.de